

Mitteilung an die Presse
zum Vortrag von Dr. Thomas Griese,
Staatssekretär im Umweltministerium Rheinland-Pfalz
am 19.05.2014 in Bad Hönningen/Rh.

Dr. Thomas Griese, Staatssekretär im Umweltministerium von Rheinland-Pfalz, informierte am Abend des 19.05.2014 im „Alten Stadtweingut“ in Bad Hönningen über die Position der Landesregierung zur Bahnlärm-Problematik im Mittelrheintal.

„Der Güterverkehr im Mittelrheintal wird zunehmen und mit ihm die Belastungen durch Verkehrslärm. Bereits heute sind 45 Prozent der Bevölkerung im Mittelrheintal durch Lärm hoch belastet und jeder Fünfte ist massiv schlafgestört.“ Mit diesen Erkenntnissen leitete der Staatssekretär im rheinland-pfälzischen Umweltministerium seinen engagierten und informativen Vortrag zur Bahnlärmproblematik im Mittelrheintal ein.

Dr. Griese führte weiter aus, dass in den Vorgaben der „Welt-Gesundheits-Organisation“ (WHO) mittlere Immissionserschallpegel von 45 Dezibel außerhalb der Wohnungen und 30 Dezibel innen als Zielwerte zur Vermeidung von Schlafstörungen genannt werden, die nicht überschritten werden sollten. Allein im Mittelrheintal sind jedoch durch Überschreitungen dieser Werte insbesondere durch Güterzüge ca. 25.000 Menschen betroffen.

Eingeladen hatte Frau MdL Elisabeth Bröskamp, die auch gemeinsam mit Franz Breitenbach als Gastgeber und Vorsitzender der Bad Hönninger Bürgerinitiative gegen Bahnlärm die Veranstaltung moderierte.

Neben vielen wichtigen Informationen waren drei Feststellungen von besonderer Bedeutung:

1. Die Landesregierung von Rheinland Pfalz setzt vorrangig auf Lösungen, die zu einer raschen Minderung der Belastungen durch Bahnlärm und Erschütterungen für die geplagten Bahnanwohner führen, ohne dabei mittel- und langfristige Lösungsansätze (z.B. Ausweich- und Neubaustrecken) aus dem Auge zu verlieren. Dabei will sie gemeinsam mit anderen Landesregierungen den Druck auf Berlin erhöhen.
2. Emissionsobergrenzen müssen auch für den Betrieb der Bahn auf sogenannten „Bestandsstrecken“ durch den Gesetzgeber verbindlich festgeschrieben werden. Die derzeitige Situation, in der die Bahn Tag und Nacht mit teilweise über 100 Dezibel durch Wohngebiete fahren dürfe, sei weder zeitgemäß noch akzeptabel.
3. Sollten die Wagenhalter die heute bereits gegebenen technischen Möglichkeiten zur Lärmreduzierung, insbesondere die Umrüstung auf sogenannte „Flüsterbremsen“ verweigern, müssten ab 2016 ggf. auch Betriebsbeschränkungen wie Geschwindigkeitsreduzierungen und Nachtfahrverbote für laute Güterzüge und Waggonen greifen.

Im Vorfeld der Informationsveranstaltung hatten Hermann Winter und Rolf Papen von der Weißenthurmer Bürgerinitiative die Gelegenheit zu einem Gespräch im kleinen Kreis genutzt, um auf die besondere Belastungssituation und deren Ursachen in der Verbandsgemeinde und Stadt Weißenthurm hinzuweisen. Ein Beleg für diese besondere Belastung sei u.a. die Tatsache, dass die „Hockenheim-Petition“ gegen Bahnlärm fast jeder zehnte Bürger der

Stadt unterschrieben hat und Weißenthurm damit deutschlandweit den Spitzenplatz einnimmt. „Es ist aber nicht der Bahnlärm und die inzwischen fast schlimmeren Erschütterungen alleine, die uns bedrücken. Immer schwerere, längere und schnellere Züge rasen über einen ca. 150 Jahre alten Bahnkörper, der nur an der Oberfläche ab und an ausgebessert wird. Was, wenn mitten im Ort ein Zug mit über 100 km/h entgleist. Zu den Belastungen, die wir kaum noch ertragen können, kommt die Angst“, so Hermann Winter.

(Bildunterschrift: v.li. Gastgeber Franz Breitenbach, Staatssekretär Dr. Thomas Griese sowie Rolf Papen und Hermann Winter aus Weißenthurm)

Pressemitteilung der Bürgerinitiative gegen Bahnlärm „WIR in der Verbandsgemeinde Weißenthurm e.V.“